

Die spanische Tageszeitung EL PAÍS bekam Kenntnis von einem Papier, mit dem die Führung der Streitkräfte Argumentationslinien vorgeben will, der Militärpersonen bei ihren Aussagen vor der Wahrheitskommission und der Übergangsjustiz JEP folgen sollen. SEMANA berichtet darüber am 21.8.2019:

Das Narrativ des Heeres über den bewaffneten Konflikt

EL PAÍS aus Spanien enthüllte ein Dokument von 15 Seiten, welches das Heer erarbeitet hat um für das Militär „ein einheitliches Narrativ zu konstruieren“ für Aussagen vor der Wahrheitskommission und der JEPO. Pater Francisco de Roux¹ seinerseits gab zu verstehen, dass bei der Feststellung der Wahrheit es normal sei, dass die verschiedenen Akteure institutionell abgestimmte Versionen vorbringen.

EL PAÍS hatte Zugang zu einer Direktive, unterschrieben von Heeresgeneral Nicacio Martínez, in der den Uniformierten Hinweise gegeben werden „für die Entwicklung eines Narrativs, das den Rahmen bilden soll für die Darstellung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien“. Nach Angaben der spanischen Tageszeitung gibt der General den Mitgliedern des Führungsstabes des Heeres die Anweisung, über einen koordinierten Plan zu verfügen für das Auftreten von Angehörigen des Militärs vor Wahrheitskommission und Justiz sowie hinsichtlich Entschädigung und Nichtwiederholung gemäß dem Abkommen mit der aufgelösten Guerrilla der FARC.

Die internationale Zeitung betont, dass nach der Demobilisierung der FARC die Herausforderung darin bestehe, ein kollektives Gedächtnis zu entwickeln und dass jede Institution und jeder Akteur, die in die Gewalttaten verwickelt waren, darauf setzen, ihre Version der Geschehnisse zu positionieren. Die Richtlinie baut auf drei Argumentationslinien auf und versucht, eine institutionelle Position bei Wahrheitsfindung und historischem Gedächtnis zu formulieren.

Dazu erklärte der Direktor der Wahrheitskommission, Pater Francisco de Roux, er sei darüber nicht besorgt, wenn die Institutionen ihre Versionen mit Nachdruck und Klarheit vortrügen. „Das Heer muss eine institutionelle Position haben, über das, was aus seiner Sicht in dem Konflikt passierte. Uns erscheint es begründet, dass Institutionen institutionelle Standpunkte vertreten. Diese müssen wir verifizieren, aber die Standpunkte sind wichtig. Bei der Wahrheitsfindung im Land sind solche Dinge normal, denn was wirklich auf dem Spiel steht, geht viel tiefer“, erklärte er in einem Radiointerview mit Blu Radio.

Das Dokument wurde am 13. März 2019 unterschrieben und trägt den Namen „Plan 002811. Die erste der drei Argumentationslinien besteht darin, eine Leitlinie aufzustellen hinsichtlich der möglichen Beiträge der Mitglieder des Heeres im Rahmen der Arbeit der Wahrheitskommission und möglicherweise später auch der JEP. Laut dem Dokument müssen derartige Beiträge bekannt, diskutiert, ausgeweitet und kommentiert sein von denen, die möglicherweise solche Beiträge leisten.

¹ Ich habe de Roux kennengelernt, der als Jesuitenpater in der schwer umkämpften Region des Mittleren Magdalena für den Frieden wirkte – unbeirrt, trotz Morddrohungen von allen Seiten. U.Künzel

Die zweite Linie betrifft die Aufklärung von weithin bekannten Fällen von Gewaltakten, wobei im Dokument die Wichtigkeit betont wird, dass alle Daten verlässlich sein müssen, wenn die FARC für Attentate auf militärische Einrichtungen verantwortlich gemacht wird. „Die symbolbehafteten Fälle tragen dazu bei, die Vision des Heeres über den bewaffneten Konflikt in der öffentlichen Meinung zu positionieren, wodurch diese in Zusammenhang gebracht werden zu Verletzungen der Menschenrechte durch illegale bewaffnete Gruppen“, heißt es in dem Dokument.

Schließlich werden die Uniformierten in dem Dokument angehalten, die sozialen Aktionen des Heeres in den Regionen zu erwähnen, die in einer Anlage zum Dokument aufgelistet sind, und es werden die Fachleute genannt, die an der Formulierung des Dokuments beteiligt waren. Auch wird betont, die Betroffenheit der Opfer des Konflikts, die zum Militär gehören, müsse stärker sichtbar gemacht werden. Es habe zentrale Bedeutung, dabei schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte und des Internationalen Humanitären Rechts zur Sprache zu bringen.